



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Und nun ein Glas von dem schäumenden Trank, ein Glas zur Erinnerung an jene Zeit, wo mein Blut so brauste wie er, und ein Glas auf die Freiheit, der Sie jetzt entgegengehn!

Sie schenkte den perlenden Wein in die Gläser. Und zu ihrem Erstaunen sagte Helene, indem sie das Glas erhob und mit Großmutter anstieß: Ja, die Freiheit lebe, die Freiheit von allen Haustyrannen, namentlich von dem, der sich Beherrscher der Frau nennt! Ich will frei sein! Kein Mann soll mich in Fesseln legen!

Sie leerten das Glas bis auf den Grund. Lächelnd sagte Großmutter: Aber mein liebes Kind, wer ist denn der fürchterliche Slavenvogt, der Sie fesseln will?

Da schlugen die Ereignisse des Tages wie Wellen über Helenens Kopf zusammen, und sie fiel Großmutter weinend um den Hals. Diese aber sagte: Lassen Sie es nur gut sein! Und jetzt gehn Sie hinüber und an die Arbeit! Auf Wiedersehen, morgen!

Helene eilte in ihr Zimmer. Und während das Gewitter immer ärger tobte, packte sie schnell all ihr Hab und Gut in die Koffer.

In der Ferne sah sie die Grönager Kirche, die wieder und wieder von den flammenden Blitzen beleuchtet wurde.

Ja, wüßte sie nur, was zu ihrem Frieden diene!

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. In der Presse des Auslands begegnen wir der Feststellung, daß die Enthüllungen des Pariser *Matin* wegen einer Landung von hunderttausend Engländern in Schleswig-Holstein in Deutschland mit Ruhe aufgenommen worden sind. Keine Aufregung, keine Beeinflussung der Börse, vielleicht sogar etwas weniger Entrüstung, als aus diesem oder jenem Grunde wünschenswert gewesen wäre. Die Engländer dürfen es ihren deutschen Vettern nicht übel nehmen, wenn sie die Ankündigung des ungebetnen Besuchs zunächst als einen schlechten Scherz zu betrachten die Neigung hatten. Als das preussische Gardekorps im Jahre 1866 in der Gegend von Voiteksbrunn, in der Nähe von Wien, eins seiner letzten Bivaks hatte, verbreitete sich dort die Nachricht, „daß der Franzose frech werde,“ und daß deswegen, was auch tatsächlich richtig ist, ein Abmarsch des Gardekorps nach Linz und von dort an den Rhein in Aussicht sei. In einer der Feldzugs-Erinnerungen wird erzählt, wie darauf ein älterer Westfale des siebenten Jahrgangs ruhig entgegnet: „Na, nun sind wir mal dabei, nun können wir dem die Sacke auch noch auswaschen!“ In jenen Tagen erklang dann an den Wachtfeuern zum erstenmal die den Soldaten aus dem Rheinlande schon geläufige Melodie der Wacht am Rhein. In ähnlicher Richtung mag sich der Gedankengang unsrer Bevölkerung der angekündigten englischen Landung gegenüber bewegt haben. „... Wenn wir einmal dabei wären. . .“ Der *Matin* tut's übrigens billig. Die *France militaire*, die vor wenig Wochen sich und ihren Lesern mit denselben Phantastereien die Zeit vertrieb, wollte wenigstens zweihunderttausend Mann dazu in Bewegung gesetzt wissen, die auf Kiel marschieren und den Hafen samt der darin blockierten deutschen Flotte wegnehmen sollten. Kinderspiel!

Es zeugt für ein erfreuliches Selbstvertrauen in unserm Volk, daß solche militärischen Spielereien des Auslandes bei uns ohne äußern Eindruck bleiben, allerdings solange sie nur auf dem Papier stehn. Als die englische Flotte Ende August unerwartet schnell vor Swinemünde eintraf, legte sich dort doch ein beengender Druck auf die Gemüter, bis am nächsten Morgen der Hausherr erschien und dem

Engländer kräftig die Hand schüttelte. Die Enthüllungen des Matin, gleichviel wie hoch oder wie niedrig die Grundlagen einzuschätzen sein mögen, auf denen sie beruhen, haben die Frage einer feindlichen Landung und der dagegen vorzubereitenden Abwehrmittel doch aus der theoretischen in die praktische Erörterung gerückt. „Bereit sein ist alles,“ und die oberste Leitung unsrer Streitkräfte lebt doch noch zu sehr in der Moltkschen Tradition, als daß sie sich irgendwo und irgendwie überraschen lassen würde. Jeder feindlichen Macht gegenüber, die über die See an unsre Küsten herangetragen werden muß, sind wir zunächst auf die Abwehrmittel der Flotte angewiesen, und es tritt die seit Monaten tausendfach erörterte Frage: Sind wir zur See stark genug, und wie stark müssen wir sein? mit Notwendigkeit in den Vordergrund. Es kommt ja dabei nicht allein auf die Zahl der Schiffe an. Die Verteidigung zur See kann nicht immer nur offensiv sein, namentlich Landungsversuchen gegenüber wird sie auch stark mit der Defensiv zu rechnen haben. Der Krieg in Ostasien hat von neuem gelehrt, daß Minen, Hafensperren, Forts und Küstenbatterien dabei eine sehr große Rolle spielen, und die diesjährigen großen Minenübungen auf der Elbe, die Küstenschießübungen bei Swinemünde lassen erkennen, daß auch diesem Zweige unsrer Seeverteidigung die gebührende Aufmerksamkeit zuteil wird, wenn sich auch selbstverständlich alle Vorbereitungen auf diesen Gebieten möglichst geräuschlos der öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen oder doch entziehen sollten. Es mag hier eingeschaltet werden, daß von Kiel, Wilhelmshaven und Cuxhaven aus darüber immerhin manche Zeile zu viel geschrieben und gedruckt wird. Die novarum rerum cupidi, die sich für solche Dinge interessieren, wohnen doch weit weniger in Deutschland als im Auslande.

Bei der Flottenvorlage von 1900 ist mit einer Eventualität, wie sie uns neuerdings handgreiflich vor die Augen gerückt wird, nicht gerechnet worden. Man hatte damals wohl mehr die Bündnisfähigkeit Deutschlands zur See ins Auge gefaßt, wodurch wir auch England gegenüber vielleicht stark genug gewesen wären. Aber die russische Flotte, die dabei zunächst in Betracht kam, kann für die nächsten zehn Jahre kaum in Rechnung gestellt werden. Da die englische Regierung jedoch der Ansicht ist, daß sie im Falle eines deutsch-französischen Kriegs, sie möge wollen oder nicht, durch den Druck der öffentlichen Meinung ihres Landes zum Eingreifen an der Seite Frankreichs gezwungen sein würde, so ist es doch sehr fraglich, ob diese Strömung der öffentlichen Meinung in England, deren Vorhandensein nun einmal nicht in Abrede gestellt werden kann, geneigt sein wird, zehn Jahre zu warten, bis wir endlich unsre achtunddreißig schlachtfähigen Linienschiffe beisammen haben, oder bis eine russische Flotte vorhanden sein wird, und vor allen Dingen auch eine russische Regierung, die geneigt sein sollte, im Bunde mit Deutschland den Kampf gegen England aufzunehmen. Die Motive zu einem solchen Schritte Rußlands könnten immer nur von England selbst geschaffen werden, und die englische Politik wird sicherlich ihr möglichstes tun, sich zwischen Deutschland und Rußland zu klemmen, nicht aber beide Mächte zusammenhämmern. Die Verhältnisse sind auch in Rußland andre geworden als im Jahre 1863, wo Alexander der Zweite, der österreichisch-westmächtlichen Harcelierungen müde, dem Könige von Preußen ein Waffenbündnis gegen Österreich und Frankreich anbot, das bekanntlich trotz dem Frankfurter Fürstentage von Preußen abgelehnt wurde.

Die diesjährige Ostseefahrt der englischen Flotte hat für unsre Marinereise die englische Überlegenheit zur See in eine neue Beleuchtung gerückt. Die englische Übermacht ist groß genug, im Bunde mit Frankreich erst recht, unsre Schlachtflotte in der Nordsee festzuhalten, und doch noch starke Geschwader durch die dänischen Gewässer in die Ostsee zu entsenden, wo sie recht viel Schaden anrichten könnten, ohne auf namhaften Widerstand zu stoßen. Bei einem französisch-englischen Kriege gegen uns ist es ferner für Dänemark ganz ausgeschlossen, neutral zu bleiben. Es würde vielleicht mit Deutschland gehn, wenn wir ihm die Deckung von Kopenhagen garantieren könnten. Da wir aber die Elbe, den Nordostseekanal und Kopenhagen nicht auf einmal verteidigen können, so wird sich Dänemark wohl oder übel gezwungen

sehen, die Basis für eine englisch-französische Operation abzugeben. Es ist deshalb anzunehmen, daß eine feindliche Landung nicht an der deutschen, sondern an der dänischen Küste geschehen wird, möglichst weit von der Elbe und damit möglichst gedeckt gegen deutsche Störung oder Behinderung. Es ist sogar sehr wohl denkbar, daß während eine große Schlachtflotte die unsrige auf der Elbe festhält, die Transportflotte unter ausreichender Deckung ihren Weg nach Norden nimmt. Unsern Torpedodivisionen wird es ja an Kühnheit nicht fehlen, gegen ein solches Objekt vorzugehen, aber je weiter entfernt von deutschen Häfen sich eine feindliche Transportflotte bewegt, desto schwieriger wird der Angriff für unsre Torpedodivisionen.

Die Annahme ist weit verbreitet, daß die Marineverwaltung nicht säumen werde, die jetzt für jedermann erkennbar gewordene Situation zu benutzen, dem Lande mit voller Klarheit zu sagen, welcher Mittel die Flotte noch bedarf, um für absehbare Zeit auf der Höhe ihrer Aufgabe zu bleiben. Auch für die Leitung der deutschen Gesamtpolitik ist es nichts weniger als gleichgültig, ob sie mit einer Flotte rechnen kann, die stark genug ist, nicht nur eine feindliche Schlachtflotte in Schach zu halten, sondern auch den Transport feindlicher Heeresmassen über See zu einem sehr gewagten Unternehmen zu machen. So viel man hört, beabsichtigt aber die Marineverwaltung nicht, über den vom Admiral von Tirpitz vor der Budgetkommission des Reichstags im Februar d. J. gezogenen Rahmen hinauszuweichen, wesentlich aus finanziellen Rücksichten, weil befürchtet wird, daß die Reichsfinanzen vom Reichstage nicht die Stärkung erfahren werden, die nötig wäre, die Marine für solche Aufgaben in den Stand zu setzen und der Reichspolitik die Schwingen frei zu machen. Sollte der Reichstag in dieser Beziehung wirklich versagen, so würde die Frage, was wichtiger und dringender ist, ob Deutschland oder ob die heutige parlamentarische Einrichtung, immer stärker in den Vordergrund rücken.

Gegen feindliche Landungen, die sich auf deutschem Gebiete vollziehen sollen, können beizeiten Vorkehrungen getroffen werden, die außerhalb der Tätigkeit der eigentlichen Schlachtflotte liegen und deren unmittelbare Mitwirkung im eigentlichen Sinne nicht nötig haben. Die Punkte, an denen Landungen im großen Stil überhaupt möglich sind, sind ja zu zählen und genau festzustellen. Anders gestaltet sich die Sache, wenn, wie nach der letzten Ostseefahrt der englischen Flotte mit Sicherheit anzunehmen ist, die Landung an der dänischen Küste stattfindet, und Dänemark mit seinen reichen Hilfsquellen zur feindlichen Operationsbasis gemacht wird. Dabei fiel schon die ganze Belastung des Proviant- und vielleicht auch des Munitionsnachschubes weg, die gerade bei der englischen Armee sehr schwer ins Gewicht zu fallen pflegen. Ein feindliches Heer auf dänischem Gebiet könnte ferner dort seine Verwundeten und Kranken unterbringen, es fände dort Pferde und Fuhrwerk zur Genüge, kurzum, der eigentliche Nachschub würde sich fast ganz auf Ergänzung des Mannschaftsbedarfs beschränken. Nach einmal vollzogener Landung, die durch die Flotte nicht vereitelt worden wäre, würde unsrer Landarmee eine ganz bedeutende Mehrarbeit zufallen. Wir haben aber im Falle eines großen Krieges nicht nur mit der Westgrenze, sondern auch mit unsern polnischen Gebieten und andern Dingen zu rechnen, um so mehr ist es Pflicht der Flotte, der Landarmee jede Mehrbelastung abzunehmen und sich dazu rechtzeitig in den Stand zu setzen. Es ist dies die ratio ihres Daseins, und diese hängt so sehr mit unsrer Gesamtpolitik zusammen, daß man wohl sagen darf, ein auf diese Eventualitäten hin bemessener Ausbau der Flotte ist nicht nur eine militärische, sondern eine politische Frage ersten Ranges für Deutschland. Eine Landung auf deutschem Gebiet könnte mit verhältnismäßig geringen Kräften abgewiesen, wenn nicht schon auf der See verhindert werden. Eine Landung auf dänischem Gebiet wäre auf der See viel schwerer zu verhindern und würde, sobald sie vollzogen wäre, unsrer Landarmee weit größere Aufgaben stellen.

Fast überraschend schnell ist ein Personenwechsel in der Leitung des preussischen Handelsministeriums eingetreten. Als der bisherige Handelsminister noch vor wenig Tagen in Berlin eine öffentliche Rede hielt, scheint er das Bewußtsein, daß dies

seine ministerielle Abschiedsrede sein werde, noch nicht gehabt zu haben. Herr Möller war gewiß ein tüchtiger und gewissenhafter Parlamentarier. Bei seiner Berufung war die Absicht maßgebend, nicht nur der politischen Richtung, der er angehörte, sondern auch den wirtschaftlichen Kreisen, in deren Mitte er stand, eine Vertretung in der Regierung zu sichern. Wie die Landwirtschaft, so sollten auch Handel und Industrie durch einen Fachmann, der aus dem praktischen Leben und nicht aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen war, im Staatsministerium vertreten sein. Der Versuch ist nicht geglückt. Der Nachfolger des Herrn Möller, der bisherige Oberpräsident Delbrück, galt seit Jahren als Ministerkandidat. Er hat als Oberbürgermeister an der Spitze von Danzig große Umsicht, schöpferische Initiative und ein hervorragendes Verwaltungstalent bekundet. Ob das Maß seiner Fähigkeiten auch für die sehr viel größeren Aufgaben des Staatsministers ausreichen wird, muß sich bald zeigen. Wir haben wiederholt Minister gehabt, die als Landräte und Regierungspräsidenten, sogar als Oberpräsidenten, einen bedeutenden Ruf hatten und sich doch in der ministeriellen Tätigkeit nicht durchsetzen konnten. Vielleicht ist es das Wichtigste und dieser Umstand für die Wahl des Herrn Delbrück entscheidend gewesen, daß mit ihm in das Staatsministerium endlich wieder eine Kraft eintritt, die mit den Verhältnissen der polnischen Landesteile genau vertraut ist und so der Ostmarkenpolitik aus eigener Kenntnis der Dinge einen starken und sachgemäßen Rückhalt zu verleihen vermag. Der Augenblick ist ohnehin schon nahe genug heran gekommen, wo es notwendig sein wird, nicht nur in Posen und Westpreußen zu einschneidenden Maßnahmen überzugehen, sondern der Ausbreitung des Polonismus auf weite Gebiete des Staats — und den damit für Krieg und Frieden verbundenen Gefahren — näher ins Auge zu sehen. Nächst den Ministern Studt und Bethmann-Hollweg ist der neue Handelsminister der dritte, der vom Posten eines Oberpräsidenten in das Staatsministerium tritt. Man behauptet, daß er das Handelsministerium ungern angenommen habe. Es ist für ihn wohl nur eine Stufe auf der Leiter, und die Ostmarkenpolitik, obgleich er ressortmäßig mit ihr weniger zu tun hat als als Oberpräsident, mag für ihn ausschlaggebend gewesen sein.

Der große Berliner Elektrizitätsstreik, der nicht nur die Gefahr einer großen Ausdehnung in sich barg, hat mit einer Niederlage der Streikenden und der Agitatoren geendet. Leider hat er nicht nur eine große wirtschaftliche Störung für die betroffenen Werke zur Folge gehabt, sondern etwa dreißigtausend Arbeiter haben ihn mit Einbüßung ihres Lohnes bezahlen müssen, darunter viele alte verständige Arbeiter, die nur sehr widerwillig dem auf sie geübten Zwange gefolgt sind, sich aber trotz diesem Lehrgelde nicht dazu aufrufen werden, die Sklavenketten ihrer Organisation abzuschütteln, die jedenfalls unendlich viel härter sind als das angebliche Joch der durchaus wohlwollend gesinnten Leiter der Werke. Von Interesse wäre es bei einer Fortsetzung des Kampfes gewesen, ob die Akkordarbeiter, wie ihnen von den Agitatoren geraten worden war, die Arbeitgeber verklagt hätten, weil diese es ablehnten, den vollen Lohn für unvollendete Akkordarbeit zu zahlen. Nach der Anerkennung der Berufsvereine würden die Arbeitgeber jedenfalls in der Lage sein, sich an diesen für die Verluste schadlos zu halten, die durch Nichtvollendung von Akkordarbeit bei einem Streik entständen. Der Kampf, der diesmal nicht ein Lohnkampf war, sondern nur der Machtfrage galt, hat außerdem noch eine neue Erscheinung gezeitigt. Den Gipfel sozialdemokratischer Unversöhnlichkeit erreichte der Singer-Aronssche Antrag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, eine halbe Million aus der Stadtkasse für die von der Aussperrung betroffenen Arbeiterfamilien zu bewilligen. Dieser Antrag war direkt ein Schlag in das Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft und verlangte nicht mehr und nicht weniger als deren schimpfliche Kapitulation vor der Sozialdemokratie. Das Aussperrungsrecht mit dessen unvermeidlichen Folgen für die Arbeiter ist das unabweisbare Gegengewicht für das Koalitionsrecht. Beide stehen und fallen gemeinsam, und es ist eine unverschämte Zumutung, dieses Aussperrungsrecht durch Aufwendung öffent-

licher Mittel illusorisch zu machen. Ähnliche Anträge waren von den Gemeindevertretungen einzelner Berliner Vororte schon abgelehnt worden, der Antrag Singers hätte auch in der Stadtverordnetenversammlung, jedenfalls beim Magistrat, keine Annahme gefunden und ist denn auch wohl aus Furcht vor einer präjudizierenden Niederlage rechtzeitig zurückgezogen worden, nachdem er seinen eigentlichen Zweck, den Arbeitern durch Zuwendungen aus anderer Leute Taschen zu imponieren, erreicht hatte. Aber es ist wohl zu erwarten, daß die Staatsaufsichtsbehörden der Frage einer solchen mißbräuchlichen Anwendung öffentlicher Gelder, wie der Antrag Singers sie verlangte, gelegentlich näher treten. *g*

Eine Beschwerde des Grafen Hoensbroech. In einer nochmaligen kurzen Abfertigung Denifles (im 34. Heft, S. 445) habe ich gesagt: Katholiken „von solcher Blindheit dürfen sich nicht darüber wundern und beschweren, wenn ein Hoensbroech in der ganzen Geschichte des Papsttums, ein Haecel im ganzen Christentum nichts als einen greuelvollen Unsinn findet.“ Der Herr Graf, dem das Arttkelchen erst kürzlich zu Gesicht gekommen ist, sieht sich dadurch veranlaßt, an die Redaktion der Grenzboten ein Schreiben zu richten, dessen meritorischer Teil, wie sie in Wien nennen, lautet:

„Dieser derben Unwahrheit gegenüber erwarte ich von Ihrer Loyalität, daß Sie in Ihrer Zeitschrift feststellen, daß ich in der Einleitung zu meinem Werke: »Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit« (I. Bd., S. 7, 4. Aufl.) schreibe: »Und in der Tat, das Papsttum als sozial-kulturelle Großmacht verdient Staunen und Bewunderung. Es ist die älteste aller jetzt bestehenden Kulturmächte, alle übrigen sind ihm gegenüber Kinder; ein gutes Stück ihres Lebens haben sie von ihm. Es hat in die Barbarei und in die sittliche Fäulnis des Heidentums christliche Aufklärung und christliche Reinheit hineingetragen. Wissenschaft und Kunst haben am Papsttum ihren tatkräftigen Schützer und Beförderer gefunden. Gewiß, unter Wahrung geschichtlicher Treue kann man auf das Papsttum als sozialen und kulturellen Segensspender eine Lobrede schreiben.« Eine vollere Anerkennung der guten Seiten des Papsttums ist nicht denkbar. Diese ausführlich darzulegen, lag aber bei Abfassung meines Werkes nicht in meiner Absicht, wie ich in Vorwort und Einleitung klar hervorhebe, sondern ich beabsichtigte, die behauptete Göttlichkeit des Papsttums dadurch zu entkräften, daß ich die Schattenseiten seines Wirkens hervorhob. Aber, wie gesagt, die guten Seiten habe ich als vorhanden voll anerkannt.“

Die vierte Auflage des Werkes kenne ich nicht. In der ersten stehn jedoch die hier zitierten Sätze ebenfalls auf Seite 7. Ich bekenne, daß ich an sie nicht gedacht habe. Aber wer wird noch an eine solche Verwahrung in der Einleitung denken, wenn sich ihm das schreckliche Bild der Geschichte des Papsttums eingeprägt hat, das die beiden rund 1300 Seiten starken Bände des Werkes entrollen, die schon durch ihre Untertitel: „Inquisition, Aberglaube, Teufelspud und Hexenwahn“ und „Die ultramontane Moral“ jedem Kenner der heutigen konfessionellen Polemik im voraus sagen, was er zu erwarten hat, und seine Erwartung sogar noch übertreffen. Die Verwahrung in der Einleitung kann an meiner Überzeugung nichts ändern, daß ein solches Verfahren den Grundsätzen einer gewissenhaften Wissenschaft widerspricht. Es ist genau so, wie wenn ich das, was ich gelegentlich über die Schattenseiten der neuern englischen Geschichte gesagt habe, zu einem zweibändigen Werke ausspinnen, den ersten Band: „Kolonial-, Fabrik- und Grubengreuel,“ den zweiten: „Der englische Cant,“ das Ganze aber: „England in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit“ betiteln wollte. Alle Historiker würden mir entrüstet zurufen: Du hast dein Publikum belogen, und daran kann auch deine Bemerkung in der Einleitung nichts ändern, neben der scheußlichen Seite habe die neuere englische Geschichte auch ihre gute und löbliche. Der richtige, nicht irreführende Titel würde lauten: „Die Verbrechen des englischen Kapitalismus.“

Also Hoensbroech durfte sein Werk schreiben, aber es nur unter dem richtigen Titel: „Die Verbrechen des Papsttums“ herausgeben. Freilich gibt es auch, abgesehen von dem irreführenden Titel, noch zu schweren Bedenken Anlaß. Ich spreche nicht von der vielleicht nicht über jeden Zweifel erhabnen Zuverlässigkeit aller der unzähligen Einzelheiten, die zu prüfen mir Zeit und Hilfsmittel fehlen, sondern nur von der tendenziösen Darstellung, die ich im 1. Bande des Jahrgangs 1901, S. 194 und im 4. Bande des Jahrgangs 1902, S. 165 kritisiert habe. Bei der heutigen Wichtigkeit der Sache würde es die Mühe lohnen, wenn einige Historiker von Bedeutung meine Kritik der Methode Hoensbroechs prüfen wollten. Findet sie einer der Herren ungerecht oder wissenschaftlich anfechtbar und begründet sein Urteil in den Grenzboten oder sonstwo, so nehme ich gern Belehrung an.

Das ist die wissenschaftliche Seite der Sache. Nun noch ein Wort über die praktische! Da die deutschen Katholiken weder ausgerottet noch zum evangelisch-lutherischen Glauben bekehrt werden können, so fordern das nationale und das Staatsinteresse die Verständigung mit ihnen auf der Grundlage gegenseitiger aufrichtiger und herzlicher Anerkennung der Berechtigung beider Konfessionen. Die protestantische Geschichtsforschung und Philosophie hat diese Grundlage geschaffen, aber der publizistischen Polemik nach zu urteilen, ist die protestantische Bevölkerung heute weniger als je geneigt, sich auf diese Grundlage zu stellen. Sie hierzu zu bewegen, ist die eine Hälfte der Aufgabe, und für deren Lösung hat, so viel ich weiß, Graf Hoensbroech bisher nichts geleistet. Die andre Hälfte, den Katholiken die Anerkennung der nicht bloß staatsrechtlichen, sondern idealen inneren Berechtigung der evangelischen Kirche abzurufen, wird außerordentlich erschwert durch das katholische Dogma, das noch nicht, gleich dem orthodox-lutherischen, seine praktische Geltung eingebüßt hat. Dieses Dogma bezeichnet schlangweg die katholische Form des Christentums als die allein wahre, allein berechnigte, allein seligmachende, die evangelische als einen die Seligkeit gefährdenden Irrtum und befiehlt zwar die Irrtenden zu lieben, den Irrtum aber zu verabscheuen und an seiner Ausrottung zu arbeiten. Bei dieser Auffassung ist eine herzliche Verständigung mit den Andersgläubigen, die aus den im Glauben getrennten Brüdern ein Volk schüfe und den konfessionellen Unterschied zu einer Schattierung in der Auffassung der beiden Teilen gemeinsamen Religion herabsetzte, nicht denkbar. Die Katholiken müssen also ihr Dogma von der Kirche, den Anspruch auf die Göttlichkeit ihrer Kirche im dogmatischen Sinne, endlich einmal aufgeben. Sie dazu zu bewegen, daran arbeite ich. Daran arbeitet auch Hoensbroech, aber in zweckwidriger Weise. Freilich ist, wie er ganz richtig urteilt, das Mittel dazu die Hervorhebung der Schattenseiten des Papsttums, seiner theoretischen Irrtümer und historischen Mißverdienste. Aber diese müssen in einer Weise behandelt werden, die den Katholiken das Lesen der Beweisführung möglich macht. Hoensbroechs Werk wird nur von Leuten gelesen, die den Nachweis nicht brauchen, weil sie, wenn sie noch an den Teufel glaubten, das Papsttum für eine Stiftung des Teufels halten würden, und die Hoensbroech zujubeln, weil er ihnen neuen Stoff für eine gehässige Polemik liefert. Die wenigen Katholiken, die es zur Hand nehmen, überzeugt es nicht, sondern erbittert es. Anstatt also die Versöhnung anzubahnen, vertieft und verschärft es die Feindschaft. Aus diesem Grunde werde ich, so lange mir ein Organ offen steht, die Hoensbroech ebenso bekämpfen wie die Denifle.

Daß in Anbetracht der Einleitungsworte Hoensbroechs die von ihm angefochtne Bemerkung verfehlt im Ausdruck genannt werden muß, räume ich ein. Ich hätte etwa schreiben sollen, wie ich auch sonst wohl schon geschrieben habe: Katholiken von solcher Blindheit dürfen sich nicht darüber beschweren, wenn ein Hoensbroech eine Skandalgeschichte des Papsttums für dessen Geschichte ausgibt, oder: wenn ein Hoensbroech allen Schmutz der Papstgeschichte zusammenkehrt und darüber schreibt: Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit. Karl Jentsch

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig